

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 17

Artikel: Moskau, Bonn und Abrüstung
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093569>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager zu den Grenzen der deutschen Ostpolitik

Moskau, Bonn und Abrüstung

«Friedliche Koexistenz» wird im Westen allzu oft noch zum Nennwert genommen. Der Ausdruck bedeutet aber nicht leben und leben lassen, sondern ist die Bezeichnung für die aggressive Strategie des Ostens im politischen Krieg.

Des bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauss' Reise in die DDR und nach Polen, Andeutungen verschiedener Beobachter über ein bundesdeutsches Zögern in der Nachrüstungsfrage und das Gerede um «Waldspaziergänge» haben vermutlich unbegründete Zweifel an der Haltung der Regierung Kohl geweckt. Auf diesem Hintergrund gewinnt indes der Moskauer Besuch von Bundeskanzler Kohl anfangs Juli neues Interesse, zumal er eine neue sowjetische Taktik gegenüber der Bundesrepublik andeutet. Im Communiqué der Tass vom 4. Juli über die ersten Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow hiess es: «Die sowjetische Haltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gründet auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Sozialordnungen ... Beide Seiten befürworteten eine Erweiterung der aufbauenden Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik.»

Zum Nennwert genommen, würde diese Erklärung bedeuten, dass beide Staaten sich darauf verpflichten, zu leben und leben zu lassen, dass darum eine erweiterte Zusammenarbeit möglich

sei, obwohl sie sich durch ihre Sozialordnung unterscheiden. Allein, die sowjetische Ideologie definiert Koexistenz auf eine ihr eigene Weise, nämlich als Kampf um Einfluss und Macht ohne Verwendung militärischer Kampfmittel. Gemäss dem Marxismus-Leninismus befindet sich die Welt im Übergang vom Kapitalismus (lies Demokratie) zum Sozialismus (lies Diktatur) (vgl. Kasten).

Die Sowjetverfassung erklärt es in Art. 28 zu einem der Hauptziele der Aussenpolitik «die Positionen des Weltsozialismus zu stärken». Daher ist der Satz im erwähnten Tass-Communiqué so zu lesen, dass sich die Sowjetunion zur Koexistenz mit Staaten verpflichtet, die vorläufig eine andere Sozialordnung aufweisen. Moskau zielt darauf ab, dass die Bundesrepublik, wie andere Länder auch, schliesslich von einem kommunistischen Regime regiert werde.

Ministerpräsident Tichonow erklärte anlässlich des Banketts zu Ehren von Bundeskanzler Kohl: «Es ist nicht unsere Absicht, einen Keil zwischen die Bundesrepublik und die USA sowie ihre andern Alliierten zu treiben.» Mit dem Begriff «Keil» sollte der Bundeskanzler wohl an die

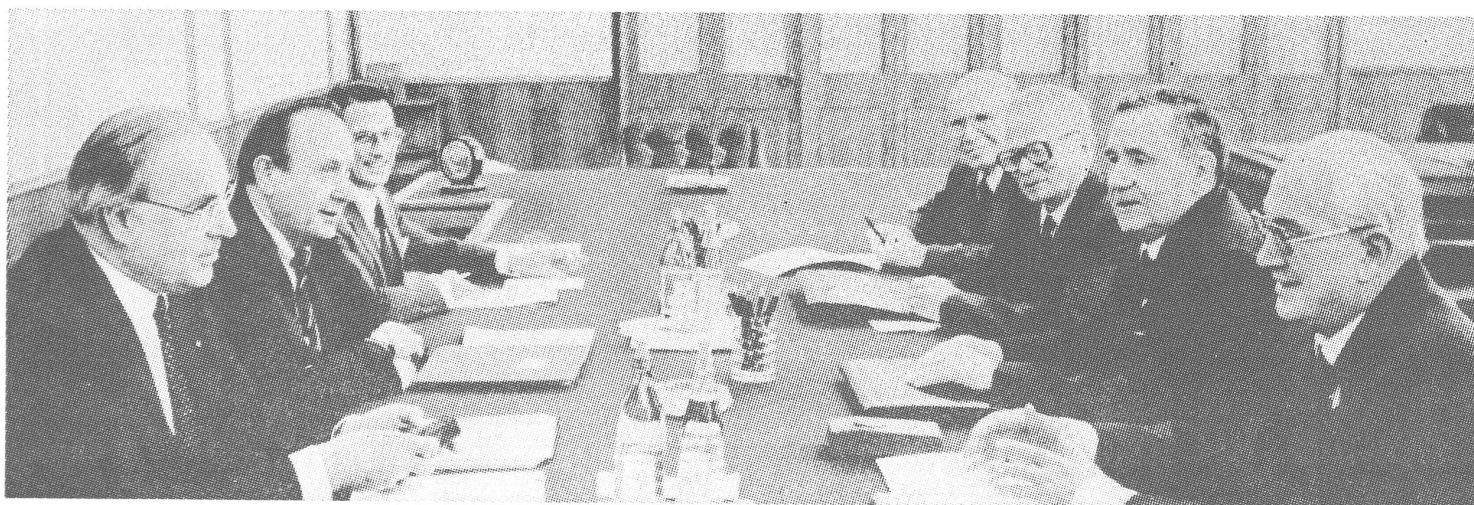
Möglichkeiten der sowjetischen Politik erinnert werden. Generalsekretär und Präsident Andropow hat tags darauf die «Friedenstaube» aus dem Sack gelassen: «Die Sowjetunion hat Mühe zu verstehen, was die Bundesrepublik von der Stationierung amerikanischer Raketen zu gewinnen hofft, von unseren Massnahmen als Antwort darauf, und von der Übersättigung Zentraleuropas mit Massenvernichtungswaffen aller Art.»

Bewusst irreführend

Dieser Satz droht einen Keil zwischen der Bundesrepublik und den USA geradezu an. Er deutet aber auch an, dass die sowjetischen «Massnahmen als Antwort darauf» defensiver Natur und als Antwort auf eine Bedrohung durch die Atlantische Allianz (Nato) zu verstehen seien. Zumal Andropow präziserte: «Die sowjetischen Mittelstreckenraketen in der europäischen Zone sind bloss ein Gegengewicht zu den Mittelstreckenraketen der Nato-Staaten in der gleichen Zone.» Diese Bemerkung übergeht nicht nur die sowjetische Politik einer «Stärkung der Position des Weltsozialismus» und der Förderung kommunistischer Revolutionen, sondern auch die Tatsache, dass der Nachrüstungsbeschluss der Nato vom 12. Dezember 1979 eine Antwort auf die Stationierung der sowjetischen SS-20 ist. Der Hinweis auf die «europäische Zone» ist zudem bewusst irreführend, weil die SS-20 westeuropäische Ziele zu erreichen vermag, auch wenn sie hinter dem Ural aufgestellt ist. Bis der Nachrüstungsbeschluss von 1979 ausgeführt ist, besitzt die Nato kein Gegengewicht zu den SS-20-Raketen.

Offene Türen

Wie zuverlässig sowjetische Erklärungen sind, illustriert folgende Tatsache: In seiner Rede am 17. Kongress des sowjetischen Gewerkschaftsbundes erklärte Breschnew im März 1982, dass «die Sowjetführung im Wunsch, ein gutes Beispiel zu setzen, beschlossen hat, einseitig auf die



Andropow und Kohl am Tisch.

(Bild «Ogonjok», Moskau)

Stationierung neuer Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der Sowjetunion zu verzichten.» Seither hat die Sowjetunion, was immer die «Beschlüsse» waren, das Gegenteil getan und ihre SS-20-Raketen verstärkt; sie hat bereits deren 350 mit 1050 Sprengköpfen stationiert.

Bundeskanzler Kohl hat eine staatsmännische Antwort auf den seit 1955 immer wieder vorgebrachten sowjetischen Vorschlag eines weltweiten «Gewaltverzicht-Abkommens» gegeben. «Für uns bleibt der Grundsatz des Gewaltverzichts der Kern unserer Bemühungen zur Stärkung des Friedens. Er ist in der UNO-Charta enthalten und wurde in der Schlussakte von Helsinki bestätigt. Er ist ein Pfeiler unserer Verträge

mit unsern Nachbarn im Osten. Die Staats- und Regierungschefs der Atlantischen Allianz haben in der Bonner Erklärung vom Juni 1982 feierlich erklärt, dass deren Waffen nie anders als zur Verteidigung gegen einen Angreifer verwendet werden. Es ist nicht möglich, den Grundsatz des Gewaltverzichts klarer zu formulieren.»

Damit brachte Bundeskanzler Kohl zum Ausdruck, dass der sowjetische Vorschlag offene Türen einrennt und höchstens Naive im Westen zu beeindrucken vermag. Indes ist die Frage berechtigt, was sowjetische Verträge und Versicherungen wert sind, solange sie keine zuverlässige Kontrolle zulässt.

Bei der Antwort darauf muss nicht auf die Zeit Stalins zurückgegangen und gefragt werden, was

Deutsch und deutlich

«... Die friedliche Koexistenz ist ihrem Wesen nach eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, in der die sozialistischen Staaten den Kampf gegen die Kriegspolitik der imperialistischen Staaten und für die Erhaltung und Festigung des Friedens führen sowie günstige internationale Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sowie den Kampf des internationalen Proletariats um die Beseitigung des Imperialismus und für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft schaffen. Sie wird als friedlicher Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus auf ökonomischem und sozialem Gebiet ausgetragen, indem die sozialistischen Staaten die wirtschaftliche und politische Stärke des sozialistischen Weltsystems sowie seinen internationalen Einfluss unablässig vergrößern. Auf ideologischem Gebiet gibt es keine friedliche Koexistenz; sondern an ihrer Statt die prinzipielle Auseinandersetzung mit der gegnerischen Ideologie.»

Militärlexikon, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1973, S. 110 f.

China aktuell

— MONATSZEITSCHRIFT —

Sie erhalten:

12mal jährlich eine umfassende Darstellung der Entwicklung in

**AUSSENPOLITIK — INNENPOLITIK
WIRTSCHAFT — AUSSENWIRTSCHAFT**

der Volksrepublik China im eben abgelaufenen Monat.

Authentische Information ohne ideologisches Beiwerk, aufbereitet in Form von

MELDUNGEN ANALYSEN DOKUMENTEN

sowie einen

JAHRESINDEX

Jahresabonnement (zuzüglich Porto) DM 96,—

Einzelheft (zuzüglich Porto) DM 8,—

Zu bestellen beim Herausgeber

Institut für Asienkunde

Rothenbaumchaussee 32 · D-2000 Hamburg 13 · Telefon (040) 44-3001-03

es Polen 1939 und den baltischen Staaten 1940 half, dass sie Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion abgeschlossen hatten. Am 21. August 1968 drangen Truppen des Warschau-Paktes in der Tschechoslowakei ein, nachdem in Cierna (29. Juli bis 1. August) und in Bratislava (3. August) eine Übereinkunft erzielt worden war und Moskau den Anschein bewusst erweckt hatte, die anstehenden Probleme seien beigelegt. Am 4. November 1956 drangen sowjetische Truppen in Ungarn ein, während der damalige Sowjetbotschafter in Budapest und heutige Generalsekretär Andropow über den Rückzug der sowjetischen Garnisonen verhandelte.

Fundamentaler Unterschied

Das sind harte, historische Fakten. Wer sie nicht kennt, lässt sich von den sowjetischen Friedensschalmeien verführen, obwohl dies blosse Lippenblütler sind. Darin kommt der fundamentale Unterschied zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten einerseits, den USA und ihren Alliierten andererseits zum Ausdruck. Dort bestimmt die Moskauer Führung den Kurs unabhängig vom Volkswillen: sie manipuliert diesen sogar dank Staatspresse und Zensur. Hier ist die Atlantische Allianz auf einen freiwilligen Konsens angewiesen; deren Regierungen müssen Rücksicht auf die veröffentlichte Meinung nehmen, die von der sowjetischen Propaganda und Desinformation beeinflusst wird. ■